

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint 6 mal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung.

Bezugspreis 2.- RM monatlich, ohne Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Redaktion und Verlag: Berlin 514, Inselstraße 8a. Postcheckkonto Hannover Nr. 238 44 (Willi Eichler, Berlin 514, Inselstraße 8a).

NUMMER 37 B

BERLIN • Sonnabend, den 13. Februar 1932

1. JAHRGANG

Arbeitersorgen.

Einige Tausend im Streik.

f Kattowitz, 11. Februar.

Im Dombrowaer Revier ist die 2000 Mann starke Belegschaft der Modrzejower Eisenhütte wegen rückständiger Lohnforderungen in den Streik getreten. Auf der Milowig-Grube im Dombrowaer Revier sind die Bergarbeiter wegen der durchgeführten Lohnherabsetzung in den Proteststreik getreten.

h Halle, 10. Februar.

Die Belegschaft der Maschinenfabrik A. G. vorm. WAGNER & Co. in Köthen ist in den Ausstand getreten. Die Facharbeiter wollen sich nicht damit einverstanden erklären, daß ihnen die außertariflichen Zuschläge gekürzt werden. Ein Schiedsspruch hatte eine Kürzung um ein Drittel für angemessen erklärt. Auf Grund dieses Schiedsspruches wollte die Verwaltung die Zulage um ein Drittel abbauen. Daraufhin haben die 225 Mann der Belegschaft die Arbeit niedergelegt.

f Beuthen, 11. Februar.

Die SCHAFFGOTSCH'sche Verwaltung hat 900 Arbeitern der Hohenzollerngrube in Beuthen-Schomberg die Kündigung zugestellt.

Im Hüttenwerk der Borsigwerk A. G. in Oberschlesien werden zunächst Ende Februar 670 Arbeiter entlassen. Der Rest der Belegschaft (etwa 600) soll, da verschiedene Ab-

teilungen noch über einige Aufträge verfügen, erst nach und nach bis zum Mai entlassen werden.

Besserung in der Pirmasenser Schuhindustrie.

Pirmasens, 10. Februar.

Die Lage in der Pirmasenser Schuhindustrie hat sich in den letzten Tagen etwas gebessert. Verschiedentlich sind stillgelegte Betriebe zur Wiederaufnahme der Arbeit, wenn auch in verkürztem Umfang, geschritten. Mit einer weiteren Besserung ist zu rechnen, da die Zahl der gegenwärtig in Pirmasens weilenden Schuheinkäufer größer als in den Vorwochen ist.

238000 Berliner Wohlfahrts-erwerbslose.

h Berlin, 10. Februar.

Die Zahl der Berliner Wohlfahrts-erwerbslosen ist im Januar 1932 wiederum gestiegen. Am 31. Januar betrug sie (ohne Notstandsarbeiter) 237 605 gegenüber 220 938 am Ende des Vormonats; sie hat demnach um 7,5 Prozent zugenommen. Unter den am 31. Januar gezählten Wohlfahrts-erwerbslosen befanden sich 8082 Fürsorgearbeiter, am Ende des Vormonats waren es 8536.

Der neue englische Zolltarif.

m London, 11. Februar.

Der allgemeine zehnpromtente Zolltarif für die Einfuhr soll am 1. März in Kraft treten.

Die Einfuhr aus den Kolonien fällt überhaupt nicht unter den Zolltarif. Die Einfuhr aus den Dominions fällt vorläufig bis zum 15. November nicht unter den Zolltarif; die weitere Behandlung der handelspolitischen Beziehungen zwischen Mutterland und Dominions wird im Juni auf der Reichskonferenz in Ottawa besprochen werden.

Zusatzzölle bis zur Höhe von 100 Prozent des Warenwertes sind zulässig zur Abwehr der Einfuhr aus Ländern, die Sonderbestimmungen gegen die Einfuhr aus England erlassen haben. Waren, die bisher einem höheren Zollsatz unterlagen, fallen unter die alten Bestimmungen. Die Freiliste enthält unter anderem folgende Waren: Silber und Gold in Barren- und Münzform, Weizen in Kornform, mehrere Fleischsorten (jedoch nicht Konserven), lebende vierfüßige Tiere; Fische, die auf englischen Schiffen gefangen sind, Tee, Rohbaumwolle, ungesponnene Wolle, Holzmasse, Holzpapierrollen, Zeitungen und Zeitschriften, Rohgummi, Eisenerz, Eisenschrott, Grubenholz.

Die Mehrausgaben wegen Vermehrung des Zollpersonals u. s. w. werden für das zweite Jahr des neuen Zolltarifs auf 550 000 Pfund (rund 800 Millionen M.) geschätzt. (Vergleiche den Aufsatz „Zollmauern um England“ im heutigen Wirtschaftsteil.)

Mitteuropäische Union.

g Budapest, 11. Februar.

Am Donnerstag nachmittag begannen hier auf Anregung der ungarischen Abteilung der Paneuropäischen Union wichtige Besprechungen über die Frage der Schaffung einer Mitteleuropäischen Union, an denen sich führende Persönlichkeiten wirtschaftlicher und politischer Körperschaften der Nachfolgestaaten beteiligen. Außer Ungarn sind Südslawien, Polen, die Tschechoslowakei, Rumänien und Oesterreich vertreten. Die Konferenz wird sich zunächst mit der Frage beschäftigen, auf welche Weise zwischen den Nachfolgestaaten der österreichisch-ungarischen Monarchie Abkommen über einen freien Warenverkehr zustande zu bringen wären. Diese Budapest Verhandlungen sollen nur einen Auftakt bilden, denn schon für den 22. Februar ist eine noch größere Konferenz in Brünn in Aussicht genommen.

Litwinow fordert Totalabrüstung.

R. Bt. Genf, 11. Januar.

Am Donnerstag morgen hatte zuerst der Belgier HYMANS das Wort. Er stellte sich weitgehend auf den französischen Standpunkt, daß die Völker nur gegen entsprechende Schutzgarantien, die heute noch nicht ausreichend seien, auf ihre Armeen verzichten würden.

Sodann sprach LITWINOW. Er hat die Gelegenheit benutzt, in die nach Krieg und Heuchelei riechende Atmosphäre von Genf einen reinen Luftzug hineinzubringen. Er hat die Vorgänge in Ostasien ohne Vorbehalt als das gebrandmarkt, was sie sind. Er sprach auch von der Presse, die die Rolle nicht ausgeschlagen hat, die Lösung der heutigen Wirtschaftskrise mit dem Brand in Ostasien in Verbindung zu bringen.

Zur Frage der Abrüstung brachte er den schon einmal von ihm formulierten Vorschlag: Totalabrüstung; denn nur Totalabrüstung könne den Krieg unmöglich machen.

Er unternahm einen Angriff auf die These von TARDIEU. Der französische Vorschlag werde die gleichen unfruchtbaren Diskussionen, wie sie seit Jahren im Völkerbund stattfinden, entfachen; während dieser Zeit würden die Kanonen weiterdonnern. Die Schaffung einer internationalen Polizeitruppe, wie sie Frankreich vorschläge, bedeute nur, daß die Kriegerlustigen die Polizeitruppe in ihre Kriegsrechnungen aufnehmen und ihre Rüstungen danach einrichten werden. Wer garantiere ferner, daß eine internationale Körperschaft den Angreifer feststellt oder ihn auch nur feststellen wolle? Hierfür wies er auf den chinesisch-japanischen Konflikt hin.

LITWINOW betonte, daß er mit seinem radikalen Vorschlag den Weg zur Abrüstung nicht verbauen wolle. Wenn der Vorschlag der Totalabrüstung nicht angenommen werde, was Gefahren in sich schließe, so würde er Vorschläge zur Beschränkung der Rüstungen machen.

Die Rede wirkte nicht demagogisch; sie war sachlich, obwohl sie harte Worte sagte für diejenigen, die im Saal waren. Deswegen klatschte auch nur die Tribüne nach der Rede.

Der schwedische Außenminister RAMEL, der nach LITWINOW sprach, erklärte, daß der Konventionentwurf nicht ausreiche. Vor allem erfasse er nicht die Kontrolle für die ausgebildeten Reserven.

Abrüstungsvorstoß der französischen Sozialisten.

k Paris, 11. Februar.

Die sozialistische Kammerfraktion beschloß am Donnerstag, den Antrag einzubringen, sämtliche Waffen- und Munitionsfabriken Frankreichs zu nationalisieren. Bis zur Durchführung dieses Planes soll eine strenge Kontrolle der Waffenfabrikation ausgeübt werden!

Brüning bei Hindenburg.

v Berlin, 11. Februar.

Amtlich wird mitgeteilt: Der Herr Reichspräsident empfing heute den Reichskanzler Dr. BRÜNING zum Vortrag über die Genfer Verhandlungen.

AUS DEM INHALT:

Japan und Frankreich.

Nationalismus in der Arbeiterschaft.

„Engländer, kauft bei Engländern.“

„Eiserne Front“ und Einheitsfront.

Katholizismus und Faschismus.

Zollmauern um England.

Wer stellt den Präsidenten?

Von Fritz Schmalz.

Gegen den Vorschlag des ISK, für die Wahl des Reichspräsidenten eine Einheitsfront aller Arbeiter zu formieren, die einen Arbeiterkandidaten auf den Schild erhebt, gibt es keinen ernsthaften Einwand. In hundert von Unterhaltungen und Aussprachen mit Arbeitern und Funktionären der Arbeiterbewegung haben wir bisher nur Zustimmung gefunden. Jeder Arbeiter weiß, daß der Reichspräsidentenwahl eine außerordentliche politische Bedeutung zukommt. Das müßten ebenso gut auch die Führer der Arbeiterorganisationen wissen. In Spanien ist bei den vorjährigen Gemeindevahlen die Monarchie durch einen Wahlsieg der Republikaner gestürzt worden. In Deutschland kann die Reichspräsidentenwahl die Bahn freimachen für das „Dritte Reich“.

Daß Sozialdemokratie, „Reichsbanner“, Gewerkschaften und Arbeiter-Sportverbände, die sich zur „Eisernen Front“ formiert haben, eine solche Entwicklung der politischen Lage in Betracht ziehen, werden wir erleben, wenn sie uns zu überzeugen suchen werden, daß HINDENBURG als Reichspräsident der beste Schutz gegen den Faschismus sei, und daß er deshalb von den Arbeitern gewählt werden müsse. HINDENBURG hat nur dann Aussichten, gegen einen Nationalsozialisten gewählt zu werden, wenn die „Eiserne Front“ für HINDENBURG eintritt. Und das wird sie wohl auch tun. Wie sollte man sonst das Verhalten der SP und der Gewerkschaften erklären!

Aber was wird werden, wenn HINDENBURG darauf verzichtet, gegen einen Nationalsozialisten zu kandidieren — was gar nicht ausgeschlossen ist? Für die „Eiserne Front“ tritt dann eine äußerst peinliche Lage ein. Für die Aufstellung eines gemeinsamen Arbeiterkandidaten ist es dann sehr spät. Dann wird vielleicht das Zentrum wieder rettend in die Bresche springen und reiche Ernte einheimen. Vielleicht sind mit dem Zentrum schon Vereinbarungen getroffen worden. Fast scheint es so zu sein; denn es ist sonst unerklärlich, warum die SP und die Gewerkschaften sich nicht für den Arbeiterkandidaten einsetzen. Eine rechtzeitige Einigung der Linken auf einen gemeinsamen Kandidaten würde alle die von HINDENBURG weg diesem Kandidaten zuwenden, die ernstlich einen Sieg des Faschismus verhindern wollen. Es gehört zu einer solchen Politik allerdings auf Seiten der SP der Mut, sich dem Zentrum gegenüber durchzusetzen. Das wäre eine Politik, die einer Arbeiterbewegung würdig wäre. Wenn dieser Mut nicht aufgebracht wird, werden die Arbeiter genötigt sein, für einen Kandidaten zu stimmen, den sie im Grunde nicht wünschen.

Die Arbeiterbewegung wird damit, durch die Schuld ihrer Führung, erneut auf politische Selbständigkeit verzichten und, anstatt in der Richtung auf ihr eigenes Ziel vorwärts zu marschieren, im Schlepptau bürgerlicher Parteien noch weiter von ihren Zielen abgedrängt werden als bisher. Statt aus der Reichspräsidentenwahl wichtige Lehren für einen selbständigen Kampf um die politische Macht zu gewinnen, werden die Mitglieder und Anhänger der Arbeiterbewegung erneut daran gewöhnt, in Abhängigkeit zu bleiben und sich mit den Brosamen zu begnügen, die von der Herren Tische fallen. Die Folge: Die Mutlosigkeit in den Reihen der Arbeiter wächst. Der Glaube an den Sozialismus wird einen neuen Stoß er-

halten. Die Verbitterung der kampftenschlössenen Arbeiter wird weiter steigen und die „Opposition“ innerhalb der Arbeiterbewegung und damit die Spaltung weiter verschärfen. Den Nutzen davon hat der Faschismus. Der Faschismus ist nur deshalb eine Gefahr, weil die Arbeiterbewegung sich selber schwächt.

Ein Wahlsieg HINDENBURGS oder eines anderen Bürgers wird vielleicht den Faschismus nicht unmittelbar fördern, obwohl auch das nach den bisherigen Ermunterungen, die HITLER immer wieder durch die Regierung erfahren hat, nicht ausgeschlossen ist. Es liegt aber andererseits auf der Hand, daß ein Sieg eines Arbeiterkandidaten für den Faschismus eine Niederlage bedeutet. Die Kette der Niederlagen der Arbeiterbewegung würde an ihrem Ende angelangt sein, und wir können begründete Hoffnung haben, daß es wieder aufwärts gehen würde. Wie der Verzicht auf eine eigene Politik der Arbeiterklasse die Arbeiterbewegung schwächen wird, so könnte eine mutige Entscheidung für ein selbständiges Vorgehen bei der Reichspräsidentenwahl einen neuen — organisatorischen und moralischen — Wiederaufstieg der Arbeiterbewegung einleiten.

Eine Entscheidung sollte bei dieser Sachlage nicht schwer sein. Soweit uns überhaupt Einwände gegen unsern Vorschlag gemacht wurden, bezogen sie sich auch nicht auf die Beurteilung der politischen Lage. Darüber waren alle Meinungen, die wir bisher kennen lernten, überein- und zustimmend. Der einzige Einwand, dem wir wiederholt begegnet sind, sieht so aus: „Was Ihr vorschlagt, ist sehr schön und gut, aber ihr kommt mit diesem Vorschlag ja doch nicht durch.“ Das sagten uns solche Arbeiter, die ihre selbstgewählten Führer in den Arbeiterorganisationen kennen. Je weiter wir mit unserm Vorschlag nach „oben“ kommen, je fester ist diese Ansicht. Dort herrschen Zweifel über die Möglichkeit, selbst für eine so begrenzte politische Aktion, wie es die Reichspräsidentenwahl ist, eine Einheitsfront aller Arbeiter schaffen zu können. Dieser Einwand und diese Zweifel sind ein erschreckendes Zeichen von Faulheit und Feigheit. Es ist gut möglich, daß die Praxis die Meinung dieser „Miefmacher“ bestätigen wird, aber nur deshalb, weil diese „Miefmacher“ selber dazu beitragen, daß gar nicht erst der Versuch unternommen wird, die Möglichkeit einer gemeinsamen politischen Parole aller Arbeiter zu erproben.

Bei dem Volksentscheid gegen die Fürstenabfindung war die Lage ähnlich wie heute. Damals war es der KP möglich, die SP zu nötigen, sich ebenfalls an der Aktion zu beteiligen. Die SP trug allerdings Sorge dafür, daß der Kampf nicht gemeinsam geführt wurde, und trennte in dem Abstimmungskampf ihre Aktionen sehr sorgfältig von den kommunistischen, und zwar aus Angst, daß die Grenze zwischen KP und SP durch gemeinsame Aktionen verwischt werden könnte und ihre Anhänger zur KP überlaufen könnten. Die Folgen sind bekannt.

Dieselbe Angst beherrscht auch heute wieder die SP. Zum Teil nur deshalb geht sie lieber mit HINDENBURG als mit THÄLMANN und verzichtet sogar auf den Versuch, die KP zu dem Vorschlag der Aufstellung eines gemeinsamen Kandidaten zu nötigen, der vielleicht der SP angehört. Dabei ist der SP so gut wie uns bekannt, daß schon bei der ersten HINDENBURG-Wahl innerhalb der KP eine starke Richtung vorhanden war, die bereit war, im zweiten Wahlgang für den sozialdemokratischen Kandidaten OTTO BRAUN zu stimmen. Man kann auch in der KP einen Druck von „unten“ in Bewegung bringen und dadurch die Partei nötigen, bei ihren politischen Entscheidungen Rücksicht auf die Interessen der Arbeiterklasse zu nehmen.

War es bei dem Volksentscheid gegen die Fürstenabfindung noch möglich, wenigstens eine gewisse Einheitsfront, durch einen Druck von „unten“, zu erzwingen,

so ist die Lage jetzt schon so verfahren, daß wenig Hoffnung mehr vorhanden ist. Auch „unten“, in den Reihen der Mitglieder der Gewerkschaften und Parteien, ist Resignation, Faulheit und Feigheit sehr weit eingedrungen, so daß sie sich widerspruchslos gängeln lassen und nicht wagen, nach „oben“ zu drücken. Trotzdem darf dies nicht unversucht bleiben. Denn solche Versuche sind bereits mit Erfolg gemacht worden.

Eine weitere Chance besteht darin, einzelne Funktionäre der Gewerkschaften, des „Reichsbanners“, der Sportverbände, der SP, KP, SAP u. s. w. zu gewinnen, die ehrlich und mutig genug sind, sich für ihre Ueberzeugung einzusetzen und bereit, nach „oben“ hin einen Druck auszuüben. Denn dann werden Entschlüsse, die in den Betrieben, in Versammlungen und an den Stempelstellen gefaßt werden, Beachtung finden. Wichtiger als Resolutionen sind jetzt persönliche Fühlungen mit namhaften Funktionären aus allen Lagern der Arbeiterbewegung, um zunächst diese zu einer eigenen Stellungnahme zu veranlassen und dann darauf zu dringen, daß diese Genossen weitere Schritte in der Richtung unseres Vorschlages unternehmen.

Ratssitzung über Memel am Sonnabend.

Vorgänge im Memel.

m Kowno, 11. Februar.

Die Staatsanwaltschaft des litauischen Militärgerichts, das sich auf Antrag des Gouverneurs mit der Frage beschäftigte, ob Landespräsident BÖTTCHER wegen der Reise nach Berlin wegen Landesverrats vor das Kriegsgericht gestellt werden könne, hat festgestellt, daß das bis jetzt unterbreitete Material für die Einleitung eines solchen Verfahrens vor dem Kriegsgericht nicht ausreichend sei.

Das Tolischus-Direktorium hat am Mittwoch durch Verordnung die vom Direktorium BÖTTCHER auf den 15. Februar festgesetzten Kreistagswahlen im Kreise Memel auf unbestimmte Zeit verschoben.

Der Gouverneur MERKYS hatte den Präsidenten des memelländischen Landtages, von DRESSLER, aufgefordert, in Verhandlungen über die Bildung eines Direktoriums einzutreten. Darauf haben die Mehrheitsparteien geantwortet, daß sie nach ihrer Rechtauffassung nicht in der Lage seien, Vorschläge für die Besetzung des Postens des Präsidenten des Direktoriums zu machen, solange der Völkerbund in Genf darüber verhandelt.

Zaunius wird plötzlich gesund.

b Genf, 11. Februar.

Der Völkerbundsrat ist zu Sonnabend nachmittag zu einer Sitzung einberufen worden, um die Ereignisse in Memel zu erörtern. Die litauische Regierung hat mitgeteilt, daß der litauische Außenminister Litauen auf der Sonnabend-Sitzung des Rates vertreten wird. ZAUNIUS hatte ursprünglich sein Eintreffen zum 23. Februar, sodann zum 18. Februar angekündigt, und sich schließlich dem Drängen des Völkerbundes gefügt, so daß er schon am Freitag abend in Genf eintrifft. Ueber die Forderungen der deutschen Regierung verlautet noch nichts Endgültiges.

Französisch-englische Reparationsbesprechungen.

k Paris, 11. Februar.

Am Donnerstag hat zwischen dem französischen Ministerpräsidenten LAVAL und dem britischen Botschafter, Lord TYRRELL, eine einstündige Unterredung über die Reparationsfrage stattgefunden.

Am Quai d'Orsay wird dazu erklärt, daß die französisch-englischen Verhandlungen ihrem Abschluß entgegengingen und daß eine grundsätzliche Verständigung unmittelbar bevorstehe. Innerhalb der nächsten 24 Stunden werde die Öffentlichkeit über das Ergebnis unterrichtet werden.

Eine solche Aktion muß natürlich organisiert werden. Der Vorschlag des ISK kann dafür einen Ausgangspunkt bilden. Einen Anspruch auf irgend eine eigene führende Rolle erhebt er nicht; denn für den ISK ist die Hauptsache, daß etwas in dieser Richtung geschieht und nicht, wer diese Aktion anregt. Jeder Arbeiter kann in jeder Organisation etwas in dieser Richtung tun. Von den verantwortlichen und entscheidenden Funktionären in allen Organisationen erwarten wir, daß sie von sich aus für die Schaffung einer Einheitsfront eintreten. Jeder Arbeiter soll in seiner Organisation Rechenschaft darüber fordern und laut und vernehmlich zum Ausdruck bringen: „Wir wollen nicht HINDENBURG, sondern einen Arbeiterkandidaten!“

Um den Präsidenten.

h Berlin, 11. Februar.

Die nächste Sitzung des Reichstages wird am Dienstag, dem 23. Februar, um 15 Uhr, beginnen. Auf der Tagesordnung steht die Festsetzung des Zeitpunktes der Präsidentenwahl.

Reichstagspräsident LÖBE teilt auf Anfrage mit, daß in Kreisen seiner Partei seine Kandidatur nicht erwogen worden sei.

Französischer Lebensmittelkonzern bankrott.

k Paris, 11. Februar.

Die Société Economats, ein französischer Lebensmittelkonzern, mit über 1200 Zweigstellen, hat mit ungedeckten Verpflichtungen von 50 bis 60 Millionen Franken (rund 10 Millionen Mark) ihre Zahlungen eingestellt. Die Schwierigkeiten werden auf Unregelmäßigkeiten und auf Spekulationen des Aufsichtsratspräsidenten DEFRADES zurückgeführt.

Reichsratssitzung.

Keine weiteren ausländischen Landarbeiter.

h Berlin, 11. Februar.

Der Reichsrat nahm am Donnerstag zunächst eine Vorlage des Reichsarbeitsministers an, wonach 1932 neue ausländische Landarbeiter nicht mehr nach Deutschland hereingelassen werden. Für die Provinz Pommern erklärte Graf BEHR, daß es das ideale Ziel sei, nur deutsche Arbeiter in der Landwirtschaft zu beschäftigen. Ohne eine schwere Schädigung für die Landwirtschaft halte er es aber nicht für möglich, in diesem Jahre schon an Stelle der 50 000 Schnitter gar keine mehr zuzulassen; es sei nicht möglich, diese ausländischen Arbeitskräfte durch inländische zu ersetzen. — Der Antrag des Grafen BEHR, mindestens 30 000 ausländische Landarbeiter zuzulassen, wurde abgelehnt.

Bürgersteuerermäßigung.

Weiter beschäftigte sich der Reichsrat mit einer Durchführungsverordnung zur Bürgersteuer. Nach der Bürgersteuerermäßigung ermäßigte sich der Landesatz für Personen, die einkommensteuerfrei sind, auf die Hälfte. Hierbei ist jedoch nicht das gegenwärtige Einkommen, sondern das Einkommen von 1930 maßgebend. Das hat zu besonderen Härten für die Kurzarbeiter geführt, deren jetziger Lohn die Bürgersteuer-Freigrenze meist nur um ein Geringes überschreitet, die aber 1930 einen noch weit darüber hinausgehenden Lohn gehabt haben und infolgedessen heute die volle Bürgersteuer zahlen müssen. Die Durchführungsverordnung bestimmt, daß bei jetzt lohnsteuerfreien Einkommen nur die halbe Bürgersteuer zu erheben ist. Nach den Beschlüssen des Reichsrats soll diese Herabsetzung der Bürgersteuer nicht vorgenommen werden, wenn der Steuerpflichtige ein Vermögen über 10 000 Mark besitzt, oder wenn anzunehmen ist, daß er 1932 unter Hinzurechnung seines sonstigen nicht lohnsteuerpflichtigen Einkommens die Freigrenze überschreiten würde. In dieser Fassung stimmte der Reichsrat der Verordnung zu.

WAHN-EUROPA 1934.

VON HANNS GOBSCH.

Copyright by Fackelreiter-Verlag, Berlin

(36. Fortsetzung.)

Rougemont verschwindet. Rhée flüstert Brandt, während sie seine Hand ein paar Sekunden festhält, zu: „Denken Sie an Ihren guten Namen!“ — Sie geht auf die Tür zu, wirft dem eintretenden Engländer einen spöttischen Blick zu. Im Vorzimmer hört sie den Pressechef aufstöhnen: „Die Zeitungsleute bringen mich um, wenn ich nicht sofort anständige Informationen vorsezen kann...“

Rhée bleibt am Ausgang stehen, ihre Spottsucht muß sich noch einmal ausweiten. „Herr Rougemont“, ruft sie ihr Opfer an, „haben Sie sich schon das Regiment ausgesucht, mit dem Sie gegen Herrn Capponi marschieren? Und Sie, Herr Paumier?“ Hinter ihr klappt die Tür zu, das klirrende Lachen schallt noch vom Korridor ins Vorderzimmer herein.

Rougemont grinst verächtlich. Paumiers Kulleraugen rollen. Lobert schimpft auf die Pressevertreter, die ein Stockwerk tiefer nach Brot für die Redaktionen schreiben.

XIII.

Acht Uhr morgens. Brandt ist erst jetzt dazu gekommen, seinen Lederanzug abzuwerfen. Ein Bad, frische Wäsche... Auch ein überanstrengter Minister, auf dessen Schultern die Weltgeschichte tanzt, hat das Verlangen nach äußerer Menschenwürde. — Vom Schlafzimmer aus kann er die weite Esplanade des Invalides überblicken. Der ungeheure Platz ist nicht mehr so überfüllt wie in der Nacht. Immerhin schieben sich noch Tausende zwischen den Polizeiketten hin und her.

Aus der Rue de l'Université bricht ein Schwarm junger Leute heraus. Nachsichtig gibt die Polizei Raum. Vermutlich Studenten, die mit entfaltenen Trikoloren und lauten Ruf

in die Volksmenge hineinmarschieren. Die jungen Gesichter sind erhitzt und von Begeisterung verzerrt. „Vive la France! — A bas Capponi!“

Brandt fühlt einen eisigen Griff am Hals. A bas Capponi? Sind denn diese Zwanzigjährigen nicht Parteigänger jenes Römers, den sie jetzt in Grund und Boden verwünschen? Ist nicht Capponi ihr Lehrmeister und Prophet gewesen, der die Ideale des völkischen und nationalen Egoismus am schärfsten formulierte? Und jetzt, da Herr Capponi sein verkündetes Recht auf nationale Machtgeltung in die Tat umsetzen will, plötzlich: Nieder mit Capponi! Der Prophet wird gestürzt!

Brandt schließt die Augen. Er erinnert sich des Jünglings, der im Juli 1914 mit denselben verzerrten Zügen und blutigeren Augen durch die Champs Elysées zog: A bas l'Allemagne! — Und dieser hassende Fanatiker hieß Léon Brandt... Heute möchte er jedes hassende Wort aus der Luft auffangen, mit Fäusten zerreiben! Ist Haß nicht immer Kennzeichen niederer Menschenart? Totschläger des Schöpfertums? Heute will sein Herz Brücken schlagen über armierte Grenzen, dem Erdteil eine neue Melodie schenken, die neues Leben gebären soll...

Das Telephon schrillt in seine Gedanken hinein, Broucq ruft an.

„Eben ist Pandrucchi angekommen!“

Wie? Der Mailänder, der zu den Hauptstützen der heimlichen Brandt-Organisation in Italien gehört?

„Ich bin in zwanzig Minuten in der ‚Union‘!“ ruft Brandt in den Apparat zurück.

Kurz darauf rollt sein Kraftwagen nach dem Osten von Paris.

„Warum bin ich denn hier, Brandt! Auf Schleichwegen und unter Lebensgefahr hab ich mich über die Grenze gepüschelt! Das Komitee bestand darauf, daß einer von uns hierher eilte. Euer Kurier war ja gestern mittag gleich im Mailänder Flughafen von Capponis Spitzeln hopp genommen worden. Wir hatten also keine Ahnung, was er uns überbringen sollte.“ Pandrucchi steht mit schlenkernden Armen

vor Brandt und fährt mit dem Handrücken über die tropfende Stirn.

„Der Kurier sollte euch nichts überbringen, was euch nicht schon aus unserem Aktionsplan bekannt war“, versetzt Broucq, „er sollte nur die persönliche Verbindung herstellen.“

„So — und wenn es gar nicht zum Krieg kommt? Dann bleibt alles beim alten?“ Der Italiener hängt mit den Augen an Brandts Mund.

„Wir haben nur das eine Ziel: den Krieg unmöglich zu machen!“ antwortet Brandt mit Festigkeit.

„Frieden! Selbstverständlich!“ bricht es aus dem Südländer hervor. „Aber die Sache muß mehr einbringen! Die Revolution nämlich! Bloß jetzt nicht auf halbem Wege stehen bleiben! Wir wollen ja, daß sich Capponi wie ein gereizter Stier ins Abenteuer stürzt! Bewegung ins Volk! Das Blut muß in Wallung kommen! Daraus wächst dann der Umsturz!“ Pandrucchi rennt hin und her und schleudert beide Arme in die Luft.

Rhée Landrux beugt sich über die Lehne des Stuhles, hinter dem sie steht. Ihre Augen glänzen. Die Worte des Italieners sind für sie berauschernd. Schon öffnet sie den Mund, um Pandrucchi zu applaudieren. Aber sie drückt rasch die Zähne aufeinander; sie gewahrt, wie Brandts Stirn narbe aufflammt.

„Revolution wollt ihr? Weltrevolution?“ Kalt und schneidend stellt Brandt die Frage.

Pandrucchi starrt ihn an. „Was denn sonst?“

Brandt hält an sich und bleibt ruhig. „Im Augenblick kommt es nicht darauf an, Weltrevolutionen zu inszenieren, sondern darauf, ein unabsehbares Völkerungsglück zu verhindern!“

„Das verhindern wir nur, wenn wir losschlagen!“

Brandt lacht höhnisch. „Ihr wollt das eine Chaos durch das andere ersetzen? Revolution? Jawohl — aus vollen Herzen! Aber anders, als ihr euch das ausmalte, liebe Freunde!“

„Es soll das letzte Mal gewesen sein, daß man uns mit Krieg zu alarmieren wagt!“ Pandrucchi hämmert mit beiden Fäusten auf den Tisch.

(Fortsetzung folgt.)

„Eiserne Front“ und Einheitsfront?

Aus Versammlungsberichten.

L. K. Leipzig, 9. Februar.

Zur Gründung von Hammerschaften der „Eisernen Front“ hatte heute das Leipziger Gewerkschaftskartell seine Funktionäre versammelt.

E. S. Göttingen, Anfang Februar.

Die Einladung zur ersten vorbereitenden Versammlung der „Eisernen Front“ schloß „Kommunisten und Mitglieder anderer staatsfeindlicher Parteien oder Gruppen“ ausdrücklich aus.

F. S. Augsburg, 8. Februar.

Aus dem Gründungsauftrag der Kampfleitung der „Eisernen Front“ Augsburg: „Schärfste Kampfstellung gegen den volksfeindlichen, hinterhältigen Faschismus und auch gegen die demagogische Zersetzungsarbeit der Kommunisten ist die Lösung!“

W. L. Kassel, 9. Februar.

GRZESINSKI sprach vor 700 Kasseler ADGB-Funktionären über die „Eiserne Front“. Seine Ausführungen galten jedoch in der Hauptsache der Beantwortung der Frage: Ist die Politik, die wir (die SPD) bisher eingeschlagen haben, richtig oder falsch?

M. F. Essen, 9. Februar.

Auf der Kundgebung der „Eisernen Front“ am Sonntag sprach sich der Redner des „Reichsbanners“, Landesrat WINGENDER, für die Kandidatur HINDENBURG aus.

Berlin, 11. Februar.

Vor Vertretern der Presse wurden die Ergebnisse der Rüstwoche der „Eisernen Front“ besprochen. Die Zahl der Eintragungen in das sogenannte „Eiserne Buch“ betrug in Berlin bis zum Mittwochabend etwa 200 000.

Zweifelloos leidet die Aktion stark unter dem parteipolitischen Anstrich, den man ihr verleiht.

„Reichsbanner“ beschwert sich.

Berlin, 11. Februar.

Der „Reichsbanner“-Führer HÖLTERMANN und der staatsparteiliche Reichstagsabgeordnete LEMMER hatten eine Unterredung mit dem Reichswehrminister, in der sie über den kürzlich ergangenen Befehl GROENERS Beschwerde führten.

„Engländer, kauft bei Engländern“.

Dem „Manchester Guardian“ vom 1. Februar entnehmen wir folgenden Brief:

„Ich war eingeladen worden, mit Freunden ein Wochenende in Kent zu verbringen. Bei dieser Gelegenheit sollte ich auf zwei Versammlungen im „Haus der Freunde“ in Canterbury und auf einer Veranstaltung im Saal der Konsumgenossenschaft in Ashford über die augenblickliche Weltlage sprechen.“

Als ich am Morgen des 27. Januar mit einer Rückfahrkarte nach Paris in Newhaven ankam, wurde ich von den Einreisebeamten ausgefragt und durchsucht. Sie studierten aufmerksam alles Material, das ich zur Benutzung für die Referate mitgenommen hatte.

Ihr erster Grund, weshalb sie mir die Erlaubnis zur Landung verweigerten, war der, daß ich nicht genügend Geld bei mir hatte (ich hatte 110 Francs und ein Pfund). Ich erklärte ihnen, daß dies angesichts der Tatsache, daß ich nur für ein Wochenende dort bleiben wollte, kaum zu wenig ge-

Nationalismus in der Arbeiterschaft.

Kriegshetze eines Gewerkschaftsführers.

Die jüngste Nummer der „Arbeit“ (Herausgeber: THEODOR LEIPART) vom Januar veröffentlicht einen Aufsatz des bekannten Gewerkschafters FRANZ FURTWÄNGLER: „Vor Lausanne.“ Dieser Aufsatz, der sich für die völlige Streichung der Reparationen einsetzt, schlägt einen nationalistischen Ton an, der lobhaft an die Zeiten des Krieges erinnert.

„Die Fron wurde „kommerzialisirt“, für den Tributempfänger das liebliche Wort „Reparationsgläubiger“ gefunden.“

Das Wort „Tribute“ ist für diesen nationalistischen Arbeitervertreter schon zu schwach. Weiter:...

„Diesem Sicherheitsbedürfnis (Frankreichs) liegt die Ueberlegung zu Grunde, daß ein Kulturvolk nicht freiwillig in der Fron verbleibt, sondern unter ständiger Waffendrohung leben muß.“

Und an anderer Stelle:

„Ein Tributvolk gewöhnt sich an sein Los, oder aber sein Widerstand wächst von Jahr zu Jahr. Schon heute merken wir es am deutschen Nachwuchs. . . . Es lebt ein neues, ein junges Deutschland, das nichts vom Kriege weiß und in lodernem Zorn ruft, ob man gedenkt fortzufahren mit der Erhebung von Zwangsabgaben auf Unterschriften, die von den Vätern in Versailles erpreßt wurden.“

Sollte FURTWÄNGLER, als Marxist, der er auch sein möchte, wirklich nicht wissen, daß die öffentliche Meinung der Jugend von dem gemacht wird, der sie in der Hand hat, und daß dies heute immer noch die reaktionären Kreise sind, die einem Revanchegeist nicht unsympathisch gegenüberstehen?

Arbeitslosenunruhen in Neufundland.

m London, 12. Februar.

In St. Johns in Neufundland fanden am Donnerstagabend große Arbeitslosenunruhen vor dem Gebäude des obersten Gerichtshofes statt, wo der Ministerpräsident eine Kabinettsitzung abhielt.

Kommunisten erklären Generalstreik.

m London, 12. Februar.

In Uruguay haben die Kommunisten den Generalstreik erklärt, der um Mitternacht dortiger Zeit beginnen sollte. Die Regierung von Uruguay plant die Vorhängung des Standrechts.

„erdrücken sie das soziale System, mit dessen Vorbild wir der Welt einst vorangingen.“ „Darum Hände weg vom sozialen Deutschland!“

Also der Hauptfeind des deutschen Arbeiters ist nicht der deutsche und der französische, überhaupt der internationale Kapitalist, sondern „Frankreich“; denn „Frankreich“ ist schuld an allem Elend des deutschen Arbeiters.

„Den geschlossenen Willen eines Volkes kann keine Macht der Welt auf die Dauer unterdrücken.“

Selbst wenn die von FURTWÄNGLER vertretene Meinung, daß die Reparationszahlungen schuld seien an der Wirtschaftskrise in Deutschland, richtig wäre und es also auch richtig wäre, vor allem erst einmal die Streichung der Reparationszahlungen zu fordern, so rechtfertigt das in keiner Weise den in diesem Artikel angeschlagenen Nazi-Ton.

Öffentliche Versammlungen des ISK:

Dortmund-Hörde: Sonnabend, den 13. Februar, 20 Uhr, im Arbeiter-Samariter-Heim, Böllwerkstraße 40. Thema: Die Stellung des ISK zur Präsidentenwahl.

Hamburg: Sonnabend, den 13. Februar, 20.15 Uhr, Volksheim Hammerbrook, Sachsenstraße 21. Thema: Der Krieg im Fernen Osten — ein Warnungssignal für das Weltproletariat.

Freitag, den 19. Februar, 20.15 Uhr, Volksheim Eimsbüttel, Eichenstraße 61. Thema: Wie schaffen wir die Einheitsfront der Arbeiterklasse?

Leipzig: Montag, den 15. Februar, 20 Uhr, Volkshaus Zeitzer Str. 23. Thema: Die Stellung des ISK zur Reichspräsidentenwahl.

Freie Aussprache. Eintritt frei.

Zehntenstreik auf dem Lande.

D. F. Cambridge, Februar.

Was sind Zehnten? fragt ein deutscher Arbeiter vielleicht. Der Zehnt ist eine Art Steuer auf landwirtschaftlichen Boden, deren Ertrag der Kirche gehört.

1925 wurde die Steuer erhöht und noch ein Aufschlag von 4 Prozent draufgelegt, der noch 85 Jahre lang bezahlt werden soll. Nach dieser Zeit soll der Zehnt aufhören.

Diese Erhöhung des Zehnten hat die englischen Bauern in Bewegung gebracht. Sie haben Protestversammlungen gemacht; in vielen Gegenden haben sie sich zusammengeschlossen, um die Durchführung des Gesetzes zu verhindern.

Wenn nun nach 21 Tagen die Beamten kommen und den Verkauf bekanntgeben, sind alle Bauern der Umgegend am Tage des Verkaufs anwesend; aber entweder bieten sie überhaupt nicht oder sie bieten so licherlich niedrige Preise, daß das Ganze ein Scherz wird.

Bezeichnend ist, daß, obwohl diese Vorgänge allgemein bekannt sind, bis jetzt nichts von der Regierung unternommen worden ist, um das Zahlen der Steuer zu erzwingen. Man hat offenbar auch in der Regierung Verständnis für die Ueberlegungen der Bauern, daß es nicht deren Angelegenheit ist, der Kirche ein Kapital zuzuschancen.

Mit dem Anfang einer Freidenker-Bewegung hat dieser Kirchensteuer-Streik freilich gar nichts zu tun.

nannt werden könnte. Da rückten sie endlich mit dem wahren Grund heraus: sie hielten es nicht für klug, mich in England reden zu lassen. Der Hauptakteur bei der ganzen Geschichte faßte die Sache so zusammen: „Wir sind der Ansicht, daß die Engländer selber wissen, was sie tun sollen; Leute aus andern Ländern brauchen nicht zu kommen, um ihnen das zu erzählen.“

Die Einreisebeamten forderten die genauen Daten aller meiner zahlreichen früheren Besuche in England, und jedes Zögern meinerseits, diese aufzuzählen, wurde als Beweis meines „schlechten Gewissens“ angesehen. Es ist unnötig, zu erwähnen, daß es äußerst verletzend ist, wenn einem die Taschen und Sachen nach etwas Verdächtigem durchsucht werden.

Paris, den 29. Januar.

Gorhard Kumleben.“

Gewinnt die RGO Mitglieder?

F.G. Die „Rote Fahne“ vom 10. Februar schreibt: „Während die reformistischen Gewerkschaften über dauernden Mitgliederschwund klagen, gelang es der RGO Berlin im Januar über 2000 neue Mitglieder zu werben.“

Leider teilt die „Rote Fahne“ nicht mit, wieviel Mitglieder aus der RGO im Januar ausgetreten sind; erst wenn man dies weiß, dann kann man ein Urteil darüber abgeben, wie groß der Mitgliederschwund oder -zuwachs der RGO ist. Auch die „Freien Gewerkschaften“ gewinnen heute noch Mitglieder. Der „Fabrikarbeiter-Verband“ allein hat in drei Monaten in Hannover 96 und Ludwigshafen 72 Aufnahmen gemacht, und zwar nur Betriebsarbeiter, die nicht nur 20 Pfennige Beitrag zahlen wie in der RGO.

Was die Mitglieder-Aufnahme der RGO für eine Bedeutung hat, kann man ermessen an der Fluktuation, die in der KP herrscht. PJATNITZKI macht darüber in der Broschüre „Brennende Fragen“ (für 1930) folgende Angaben: 143 056 Mitglieder treten in die KP ein; aber 95 399 verlassen sie wieder.

Der Fabrikarbeiter-Verband teilt mit: Lohnabbau in Skandinavien.

Nach Ablauf der Tarife verlangen auch die Papiererzeugungsindustriellen in Dänemark und Schweden einen Lohnabbau von 20 Prozent.

Die dänischen Papierfabriken, die sich fast alle in Händen eines Konzerns befinden, kündigen zum 12. Februar die Aussperrung an. Gleichzeitig sollen in Dänemark auch die Arbeiter der Zement-, Ziegel- und Metallindustrie ausgesperrt werden.

Da auch in Holland der Lohnabbau-Abwehrkampf unserer Kollegen noch weitergeht, bitten wir, jedes Angebot von Arbeitsplätzen nach den skandinavischen Staaten und Holland abzulehnen. Bei sonstigen Stellenangeboten nach dem Ausland empfiehlt es sich, erst Erkundigungen bei der Zentralbranchenleitung unseres Verbandes in Hannover einzuziehen. G. Stähler.

Bierstreik.

K Hamburg, 11. Februar.

Der angekündigte Bierstreik der Hamburger Gastwirte hat begonnen.

Produktive Erwerbslosenfürsorge.

„Christlicher Mann, du bist arbeitslos. Du müdest schaffen und kannst nicht. Du müdest deine Hände rühren und hast keine Gelegenheit.“

So sorge wenigstens, daß du deine unfreiwillige Muße gut verwendest. Vergiß es auch nicht: Müßiggang ist aller Laster Anfang. Sei also kein Müßiggänger. Ein Arbeitsloser braucht noch kein Müßiggänger zu sein.

Kannst du nicht um zeitliches Gut arbeiten, so erwirb dir ewiges Gut! Das ist die beste Zeitverwendung. Gehe wenigstens morgens in die heilige Messe! Und wenn du sonst kein Geschäft am Tage erledigen könntest, — hast du wenigstens in der Frühe dem heiligen Opfer beigewohnt, so hat dein Tag schon einen großen und tiefen Inhalt.“

(Nachrichtenblatt für die katholischen Gemeinden von Hamburg, Altona und Umgegend, Nr. 6, 1932.)

Die Arbeitslosen unter euch haben jetzt so viel Gelegenheit durch vermehrtes Gebet und durch die Teilnahme am heiligen Messopfer die Tage unfreiwilliger Ruhe zu heiligen. Mögen sie alle, solange sie nicht für irdischen Lohn arbeiten können, um so mehr für den Hellen tun und sich so einen um so höheren Platz in seinem himmlischen Reiche erwerben.“ (Aus dem neuen Fastenhirtenbrief des Bischofs von Fulda.)

Angst oder Solidarität?

y Wittenberge, 11. Februar.

Auf dem Rittergut Zapel in der Prignitz, das dem deutschnationalen Reichstagsabgeordneten STUBENDORFF gehört, war wegen rückständiger Staatssteuern auf Betreiben der preußischen Regierung ein Zwangsvorsteigerungstermin angesetzt worden. Der Gerichtsvollzieher hatte die Droschmaschine des Gutes gepfändet. Zu dieser Versteigerung waren die Bewohner der ganzen Umgebung erschienen, aber

sie nahmen schweigend die Aufforderung des Gerichtsvollziehers, ein Gebot abzugeben, entgegen. Die Versteigerung mußte ergebnislos abgebrochen werden.

Waffen anmelden!

h Berlin, 11. Februar.

Der Polizeipräsident teilt mit: Die Inhaber von Schusswaffen und Munition und von Heib- und Stoßwaffen werden darauf hingewiesen, daß am 15. Februar 1932 die Frist für die Anmeldung abläuft. Anmeldepflichtig sind Schusswaffen und Munition, die den Vorschriften des Schusswaffengesetzes vom 12. April 1928 unterliegen, und solche Heib- und Stoßwaffen, die nach den Bestimmungen des Gesetzes über Waffenmißbrauch vom 28. März 1931 ihrer Natur nach dazu bestimmt sind, Verletzungen beizubringen. Befreit von der Anmeldepflicht sind: die Inhaber von gültigen Jahresjagdscheinen und Waffenschnecken; diejenigen Beamten, die zum Waffentragen berechtigt sind; die konzessionierten Waffenhändler und die Besitzer genehmigter Waffenlager.

Zeitungsverbote.

m Koblenz, 11. Februar.

Der Oberpräsident der Rheinprovinz hat die in Essen erscheinende kommunistische Tageszeitung „Ruhr-Echo“ auf die Dauer von drei Wochen verboten. Grund: ein Artikel über den FELGENDREHER-Prozeß.

Weiter ist die in Essen erscheinende nationalsozialistische „Nationalzeitung“ für eine Woche verboten worden, weil sie sich aus Anlaß eines vom Berliner Polizeipräsidentium verhängten Verbots des „Angriff“ nach Auffassung des Oberpräsidenten eine Beschimpfung preußischer Behörden hat zuschulden kommen lassen.

Schmarotzer.

h Berlin, 11. Februar.

Im SKLAREK-Prozeß erörterte das Gericht den Aufwand der Gebrüder Sklarek. WILLY SKLAREK mietete eine Villa für die er jährlich 20 000 Mark zahlte. Der Oberstaatsanwalt stellt fest, daß eine Badezimmer-Einrichtung aus Marmor 5000 Mark gekostet habe. Die SKLAREKS hätten seidene Hemden, das Stück zu 90 Mark, und Socken zu je 16 Mark das Paar getragen. Der Vorsitzende erwähnte, daß LEO SKLAREK von März bis September 1929 für Delikatessen über 5000 Mark angegeben habe. „MAX SKLAREK“ habe in zwei Jahren für über 30 000 Mark Wein gekauft. Eine Flasche Cognac habe 80 Mark gekostet. Insgesamt hätten die drei Brüder in zwei Jahren für 75 000 Mark Weine verbraucht. LEO SKLAREK habe vom 1. bis 7. September 1929 nicht weniger als 1/2 Pfund Kaviar zu 70 Mark verbraucht. LEO SKLAREK beteuerte unter Weinen, daß er kein Geld mehr habe, und nicht wisse, wie er jemals wieder Geld verdienen könne.

2 1/2 Jahr Gefängnis für Marcus.

h Berlin, 11. Februar.

In dem Prozeß gegen die Inhaber des mit einer Schuldenlast von 1 Millionen Mark zusammengebrochenen Berliner Bankhauses MARX & Co. beantragte der Staatsanwalt gegen Bankier MAX MARX wegen Verbrechens und Vorgehens gegen das Bankdepotgesetz, und wegen Konkursverstoßes sowie gegen unzulässigen Auswaschens unter Verschönerung mildernder Umstände drei Jahre Zuchthaus. Gegen den Mitinhaber, Prokurist BERTHOLD SCHREIBER, wurden unter Zuhilfenahme mildernder Umstände zwei Jahre sechs Monate Gefängnis beantragt.

h Berlin, 11. Februar.

Das Schöffengericht Berlin-Mitte verurteilte den Bankier MAX MARX wegen Verbrechens gegen das Bankdepotgesetz in Tateinheit mit einfachem Konkurs zu zwei Jahren sechs Monaten Gefängnis. SCHREIBER wurde zu einem Jahr, sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

Kampf dem Krebs!

M.H. Unter diesem Motto steht die Wanderausstellung des Deutschen Hygiene-Museums, die augenblicklich in Berlin (noch bis zum 28. Februar) im Europa-Haus zu sehen ist.

Das Deutsche Hygiene-Museum will durch Belehrung und Erziehung Krankheiten bekämpfen; diesem Zweck dient auch diese Krebs-Ausstellung. Nachdem in den letzten Jahrzehnten die Wissenschaft in der Erforschung und Behandlung des Krebses Fortschritte gemacht hat — ohne das allerdings bisher die Ursache dieser Krankheit festgestellt werden konnte —, soll nun für Aufklärung weiter Volkskreise gesorgt werden. Denn in der Tat richten Unwissenheit, Nachlässigkeit und sinnlose Angst auch auf diesem Gebiete viel Unheil an, dem durch rechtzeitige Aufklärung vorgebeugt werden kann.

Es handelt sich tatsächlich um eine Volkskrankheit, denn neben Erkrankungen des Herzens und der Blutgefäße sowie der Tuberkulose ist Krebs in Deutschland die häufigste Todesursache. 1928 starben im Deutschen Reich an Tuberkulose 60 000 Menschen, an Krebs 72 000. Die Zahl der Krebskranken schätzt man auf 170 000 in Deutschland; viele andere Länder stehen nicht dahinter zurück. Ueber diese Zahlen sowie über alle wichtigen Tatsachen, die jeder über den Krebs wissen sollte, — über seine Entstehung, die rechtzeitige Erkennung und Behandlung über die Möglichkeiten der Heilung bei rechtzeitiger Behandlung, über die Rolle von Nikotin und Alkohol — unterrichtet die Ausstellung „Kampf dem Krebs“ in ausgezeichneter Weise. Sie ist anschaulich und übersichtlich, belehrend, aber nicht ermüdend, sie bietet dem Laien nicht zu viel, aber das Wesentliche, und dies einfach und verständlich. Kurz, sie verdient, von allen, die in dieser Frage noch im Dunkeln tappen, von Männern wie Frauen, besucht zu werden. (Geöffnet täglich von 10 bis 20 Uhr, Mittwochs nur für Frauen.)

Rundfunksendungen, die wir zur Beachtung empfehlen.

Sonnabend, den 13. Februar.

Berlin:
19.10 Orchesterkonzert des Funk-Orchesters.
Hamburg:
11.00 Schulfunk: Kapital und Konjunktur. Antriebs- und Hemmungskräfte in der Wirtschaftsentwicklung.
Königswusterhausen:
18.30 Prof. WUNDER: Die geistigen Grundlagen des neuen Nationalismus.
Mühlacker:
18.40 Dr. GEORG WEGENER: Die Mandatsbücherei.
München:
19.15 Dr. PAUL ROHRBACH: Bericht von einer Weltreise. (Nationalistisch, Ds.)
Wien:
21.20 Kammermusik.
Moskau, Gewerkschaftssender:
20.00 Presserundschau.

BESTELLSCHEIN

Hiermit bestelle ich die Tageszeitung „Der Funke“ vom ab zum Preise von monatlich 2.00 RM zuzüglich Bestellschuld.

Name

Ort

Straße und Hausnummer

Bitte ausgefüllt Ihrem Briefträger übergeben oder — mit 4 Pf. frankiert — an den Verlag senden: IVA, Berlin S 14, Inselstr. 8a

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: E. Deppa, Berlin. Verlag: Internation. Verlagsanstalt GmbH, Berlin S 14, Inselstr. 8a. Tel.: F 7 Jannowitz 5909. Druck: A. Janiszowski, Buchdruckerei u. Verlag GmbH, Berlin SO 36. Elisabethufer 28/29.

ISK

7. JAHRGANG 2. HEFT FEBRUAR 1932

INHALT:

FRIES und KANT über Rüstung, Völkerrecht und Frieden
HANS LEHNERT: Abrüstung, Völkerbund und Sozialismus
THEODOR HÜPEDEN: Sozialpolitik und Sozialismus
Zum Nachdenken:
Die schwarze Internationale marschiert:
England: Die Bilanz von 10 Jahren.
Holland: Das konfessionelle Schulwesen.
Belgien: Die Subventionierung kirchlicher Schulen.
Katholische Arbeitslosenbetreuung.
Einbruch ins Nazi-Lager. — „Rekrutierungsgebiete“ der SPD. Tierquälerei beim Fischfang.

Zeitschrift des Internationalen Sozialistischen Kampf-Bundes
Preis monatl. 20 Pf. Probenummern kostenlos. Deutsche Ausgabe
Internationale Verlagsanstalt G.m.b.H. Berlin S 14, Inselstr. 8a

Kohlen-Bust

liefert Brennmaterialien aller Art für Industrie, Gewerbe u. Hausbrand
Zentrale und Hauptlagerplatz
Berlin N 58, Schwedter Str. 83
Verkaufsstellen:
1. N 58, Schönhauser Allee 48
2. N 58, Pappel-Allee 67
3. C 25, Prenzlauer Straße 9
4. NO 18, Waßmannstraße 10 A
5. NO 43, Lietzmannstraße 16/17
Fernsprecher f. alle Verkaufsstellen
D 4 Humboldt 3062

Schreib- u. Rechenmaschinen

Gebrauchte und neue
Reparaturen und Reinigung billigst
Schreibmaschinenarbeiten

M. THOR, Wallstraße 90/91
Telephon: A 6 Merkur 3536.

Kauf bei den Inserenten des „Funke“!

Naturreiner, echter Blütenhonig

10 Pfd.-Eimer nur RM 10,75
5 Pfd.-Eimer nur RM 5,50

Frischkost-Reformhaus

Magdeburg
O. v. Guerickestraße 104.

Zeitschriften, Broschüren, Flugschriften, Plakate

stellt schnell, sauber und billig her

Oscar Wettig, Gelnhausen

Robert Pappmüller, Göttingen

Buchhandlung und Antiquariat für moderne Literatur
Kataloge und Auskunft gratis!

Henri Barbusse

DIE HENKER

Einzig berechnete Uebersetzung. Von Heinrich Nelson.
148 Seiten. Mit 2 Landkarten. Preis: Brosch. 2,80 RM.

Dieses Buch rührt an dein Gewissen!

Barbusse berichtet als Augenzeuge aus der Hölle Europas: „Bulgarien, Rumänien, Jugoslawien, Griechenland sterben am weißen Terror.“

„Denen die fragen: Ist es wahr? muß man antworten: Die Wahrheit ist schlimmer!“

Verlag „Öffentliches Leben“, Berlin S 14

Freunde und Leser des „Funke“!

Unterstützt Eure Zeitung

Werbt Abonnenten! Sammelt Anzeigen! Bevorzugt bei Einkäufen unsere Inserenten!

Zollmauern um England.

Das Ende des Freihandels.

Ein Jahrhundert lang war England ein Freihandelsland. Während dieser Zeit hat der Volkwohlstand — einschließlich des Wohlstandes der Arbeiter — stärker zugenommen als in den meisten anderen Industrieländern; England hat seine Stellung als eines der ersten Handels- und Bankierländer der Welt behauptet, es hat sich bei früheren Wirtschaftsstörungen als verhältnismäßig krisenfest bewährt. Dies beruht auf einer Anzahl von Ursachen, zu denen aber sicher auch die Freihandelspolitik Englands gehört. Auch die Tatsache, daß Kartelle und Trusts — im Gegensatz zu den Hochschutzzollländern Deutschland und U.S.A. — in England ziemlich einflußlos sind, ist weitgehend eine Folge dieser Handelspolitik.

Der entscheidende Schritt zur Rückkehr Englands in die Reihe der Schutzzollländer wurde am 27. Oktober 1930 gemacht, als die Konservativen nach einem Wahlkampf, den sie hauptsächlich um die Frage der Zölle führten, mit einer großen Mehrheit ins Parlament einzogen. Mit der Rede des Schatzkanzlers CHAMBERLAIN vom 4. Februar ist endgültig ein Punkt hinter Englands Freihandelstradition gemacht worden.

Der Protest gegen diesen Schritt ist innerhalb der politischen Parteien in England gering. Die Gewerkschaften haben sich schon vor mehr als einem Jahr für eine Zollunion Englands mit den Dominions und Kolonien ausgesprochen. Die Arbeiterpartei und die Unabhängige Arbeiterpartei sind für den Schutz des Binnenmarktes, wenn auch nicht durch Zölle, sondern durch Kontingentierung der Einfuhr. Die Liberale Partei, einst die Verfechterin des Freihandels und anderer liberaler Forderungen, ist in viele Trümmer zerfallen. Nur wenige der ehemaligen Kämpfer gegen Schutzzollpolitik haben im Wahlkampf im Herbst vorigen Jahres ihre alten Forderungen vertreten. Sir HERBERT SAMUEL und andere Liberale sind sogar der „nationalen“ Regierung beigetreten, von der von vorn herein feststand, daß sie Zölle einführen würde.

SAMUEL protestiert jetzt gegen die Politik der Regierung und mit ihm ein großer Teil der Liberalen Partei. Aber er ist in einer hoffnungslosen Minderheit.

Und doch machte die Rede CHAMBERLAINS nicht den überzeugenden Eindruck, den man hätte erwarten sollen, wenn nach so langen Kämpfen endlich die Forderungen der Konservativen Partei durchgesetzt werden. Ein Grund hierfür ist der, daß die liberalen Mitglieder des Kabinetts die Schutzzollpolitik der Regierung nicht mitmachen. Es ist MACDONALD gelungen, das Firmenschild „nationale Regierung“ zu retten. Die liberalen Minister sind nicht aus dem Kabinett ausgetreten. „Wir sind uns übereingekommen, verschiedener Ansicht zu sein“, sagte CHAMBERLAIN und der Innenminister SAMUEL bewies dies sofort; indem er unmittelbar nach der Rede seines Kollegen CHAMBERLAIN einen Angriff auf die Regierungspolitik machte, der weit schlagkräftiger war, als das, was die parlamentarische Opposition zu sagen wußte.

Die Zahlungsbilanz.

Der Hauptangriff CHAMBERLAINS gründete sich auf die Tatsache, daß sich die Zahlungsbilanz Englands während der letztvergangenen Jahre sehr verschlechtert hat. Er gab dafür einige Zahlen:

	1929	1931
	(In Millionen Pfund.)	
Einfuhrüberschuß	382	409
Unsichtbare Ausfuhr*	482	296
Saldo: +100		-113

* Einnahmen aus der Schifffahrt, Einnahmen aus Kapitalanlagen im Ausland u. s. w.

Im Jahre 1929 überstiegen also Englands Zahlungsforderungen seine Verpflichtungen an das Ausland. England konnte 100 Millionen Pfund im Ausland anlegen oder in Form von Gold oder Devisen nach England einführen. Im Jahre 1931 dagegen war England gezwungen, einen Teil seiner Auslandsverpflichtungen durch Goldausfuhr und Anleiheaufnahme im Ausland zu begleichen.

Wie kam diese Wendung in Englands Zahlungsbilanz zustande?

Der Schatzkanzler sagte, daß die Einfuhr Englands während der Wirtschaftskrise mengenmäßig fast gleich geblieben sei, während die Ausfuhrmengen fast um 38 Prozent zurückgegangen seien. — Wertmäßig ist die Ausfuhr sogar um 47 Prozent gesunken.

Warum Zölle?

Wir pflichten CHAMBERLAIN darin bei, daß Mittel und Wege gefunden werden müssen, um die englische Zahlungsbilanz wieder auszugleichen und die Arbeitslosigkeit zu verringern. Sind aber Schutzzölle ein geeignetes Mittel, um diese beiden Ziele zu erreichen? Diese Frage wollen wir jetzt Punkt für Punkt untersuchen.

Die Einfuhr ist mengenmäßig stabil geblieben, weil die Reallöhne der Arbeiterschaft während der Krise gestiegen sind. Die Kaufkraft im Lande ist trotz des Anwachsens der Arbeitslosigkeit nur wenig zurückgegangen.

Die Einfuhr Englands besteht zum weitaus größten Teil aus Rohstoffen, die im Lande nicht erzeugt werden können, teilweise auch nicht in den anderen Ländern des britischen Reichs in solcher Menge und Qualität, wie sie jetzt gebraucht werden. Viele dieser Rohstoffe sind Lebensmittel. Sie werden wahrscheinlich nicht in viel geringerem Maße eingeführt werden, wenn ein Zoll auf sie erhoben wird, sondern sie werden dann nur für die Verbraucher teurer werden, die sich dann anderweit einschränken müssen.

Selbstverständlich besteht ein Teil der englischen Einfuhr aus Industriewaren, die von ausländischen Kapitalisten teilweise zu Preisen, die unter ihren Gestehungskosten liegen, in England abgesetzt werden. Auch ein Schutzzoll wird die ausländischen Importeure jedoch nicht daran hindern, dies auch in Zukunft zu tun; englische Kapitalisten machen dies, soweit sie die Möglichkeit dazu haben, in anderen Ländern, in denen es Schutzzölle gibt, ja nicht anders. Uebrigens macht dieser Teil der englischen Einfuhr nicht so viel aus, daß dadurch ein Zoll auf sämtliche Waren gerechtfertigt wäre.

Die unsichtbare Ausfuhr (die Einnahmen aus der Schifffahrt und aus Kapitalanlagen im Ausland) ist in der Tat stark zurückgegangen: 1929 betrug sie noch 482 Millionen Pfund, 1931 nur etwa 296 Millionen Pfund. Dieser Rückgang ist hervorgerufen worden durch die Krise in anderen Ländern. Südamerika, Australien, Deutschland, Oesterreich und andere Schuldnerländer Englands zahlen nur noch wenig oder gar nichts zur Verzinsung und Tilgung ihrer Auslandsschulden. Auch die Einnahmen aus Indien, der Goldgrube englischer Kapitalisten, nehmen ab. Alle diese Einnahmen werden aber auch dann nicht wesentlich steigen, wenn England Zollmauern um sein Reich errichtet.

Die Warenausfuhr Englands hat während der Krise — wie überhaupt seit dem Kriege — sehr stark abgenommen; denn entweder können die Abnehmerländer Englands dessen Waren nicht mehr in dem alten Maße kaufen, weil ihre Kaufkraft durch die Krise geschwächt ist; oder sie wollen englische Waren nicht mehr kaufen, weil sie ihre eigenen Industrien beschäftigen wollen. Durch die Errichtung von Zöllen um England kann keine dieser Ursachen behoben werden. Vielmehr werden die Gestehungskosten englischer Waren zunehmen, da die Preise der meisten Rohstoffe steigen werden. Entweder werden die englischen Kapitalisten dann gezwungen sein, ihre Ausfuhr teurer zu verkaufen, was während der Wirtschaftskrise wohl kaum möglich sein wird; oder sie müssen den englischen Verbrauchern Preiserhöhungen, die so hoch sind, daß die Unternehmer mit Hilfe der dadurch erzielten Gewinne ihre Waren unter dem Gesteigungspreis ausführen können. Da dann aber im Inland weniger Waren gekauft werden, ist eine Abnahme der Arbeitslosenzahl von dieser Maßnahme nicht zu erwarten.

Es gibt freilich für die englische Regierung und die englischen Kapitalisten andere Mittel als Zölle, um ihre Ausfuhr zu vergrößern: sie könnten die Kaufkraft der Massen wenigstens in einigen der genannten Länder stärken, indem sie die dort lebenden Völker in weniger starkem Maße ausbeuten. Diese würden dann in der Lage sein, mehr Industrieerzeugnisse aus England zu kaufen. Von diesem Mittel Gebrauch zu machen, sagt den englischen Kapitalisten aber nicht zu. Sie belegen daher lieber alle nach England eingeführten Waren mit einem Zoll. Dadurch werden die Warenpreise in England steigen, die Kaufkraft der englischen Arbeiter wird also entsprechend sinken. So wird ein Schritt in der Richtung getan, die HINDEL in seinem Aufsatz: „1,4 Milliarden Menschen klagen an“, angedeutet hat („Funke“ Nr. 32): „Der Konkurrenzkampf zwischen den alten kapitalistischen Ländern und den . . . Kolonialländern wird erst dann zur Ruhe kommen, wenn die Löhne hier und dort einander angeglichen sind.“

Die Ursachen der englischen Krise liegen vor allem in der Verringerung der Kaufkraft der Massen in anderen Ländern. Es ist also ein Irrsinn, die Krise dadurch zu bekämpfen, daß nun auch noch die Kaufkraft der englischen Arbeiter verringert wird.

Die Zollmauer.

Der allgemeine Zollsatz, der mit wenigen Ausnahmen für alle Waren gilt, beträgt 10 Prozent. Für Waren, die schon von anderen, meist höheren Zöllen betroffen sind, bleiben die alten Sätze bestehen.

Durch einen Zoll von 10 Prozent wird wohl keine erhebliche Preiserhöhung hervorgerufen werden, wohl aber durch Zölle in Höhe von 50 Prozent, wie sie zum Beispiel für Gemüse und viele Obstsorten zutreffen. Außerdem können künftig die Zölle für einzelne Waren jederzeit, ohne besonderes Gesetz, hinaufgesetzt werden, wenn die Zollkommission der Ansicht ist, daß die betreffenden Waren „sofort oder in kurzer Zeit im Inlande erzeugt werden können“. Die meisten Waren — soweit es nicht solche Rohstoffe sind, die es in England nicht gibt — können im Inlande erzeugt werden, wenn die Erzeuger einen Zollschutz genießen, der es ihnen ermöglicht, die Waren zu einem Preise zu verkaufen, der ihre Gestehungskosten deckt. Diese werden aber vielfach in England weit höher sein als in anderen Ländern. Es ist also gar nicht abzusehen, welche Waren durch noch höhere Zölle geschützt werden und wie sehr

die Lebenshaltungskosten der Arbeiter dadurch gesteigert werden.

Zölle sollen nicht für Weizen, rohe Baumwolle und Wolle und für einige andere Waren erhoben werden. Weizen bleibt jedoch nur zollfrei, weil sein Anbau in England und dem britischen Reich auf andere Art geschützt werden soll.

Britische Zollunion.

Die Zölle sollen auch nicht auf Waren erhoben werden, die aus den Kolonien kommen und — jedenfalls bis zur Reichskonferenz in Ottawa, im Sommer 1932 — nicht auf Waren aus den britischen Dominions. Man hofft also, sich in Ottawa auf eine Zollunion zu einigen. Dies wäre für England sehr günstig, da ihm dadurch ein großer Markt gesichert wäre. Das ist besonders wichtig jetzt, da England sich gegen die Einfuhr aus anderen Ländern durch Zollmauern schützt und diese Länder daher auch von England weniger kaufen werden. Ein weiterer Rückgang der englischen Ausfuhr droht also, es sei denn, daß England die Möglichkeit hätte, die Ausfuhr nach den Dominions und Kolonien erheblich zu steigern. — Anders liegt die Sache für die Dominions. Sie haben frühere Vorschläge zur Bildung einer Zollunion zurückgewiesen, weil sie ihre Industrien ja gerade gegen die englische Konkurrenz schützen wollen. Wenn sie sich überhaupt auf die Abschaffung der gegen England gerichteten Zölle einlassen, so nur als Gegenleistung für Zugeständnisse seitens Englands. Ein solches Zugeständnis wäre vor allem die Einführung eines Vermahlungszwanges, durch den den englischen Mühlen vorgeschrieben wird, einen erheblichen Prozentsatz Getreide aus dem britischen Weltreich zu vermahlen (man spricht von 70 Prozent).

Die konservative Begründung der Wichtigkeit von Zöllen für England steht also nicht auf sehr festen Füßen. CHAMBERLAIN hat allen Grund, bei seiner Schutzzollrede mehr auf die sichere Mehrheit im Parlament, als auf die Richtigkeit der von ihm verfochtenen Ansicht zu bauen. Gewiß werden einige Gruppen von Kapitalisten einen Vorteil von den Zöllen haben. Andere Kapitalisten, vor allem aber die Arbeiter, müssen für diese Vorteile zahlen. Hilde Meisel.

Die englische Arbeitslosigkeit steigt.

In der Zeit vom letzten Montag vor Weihnachten bis zum letzten Montag im Januar ist die Arbeitslosenziffer in England von 2 510 000 auf 2 728 000, um rund 218 000 gestiegen. Die Zunahme ist stärker, als sie während dieser Zeit in irgend einem Jahr seit 1922 gewesen ist. Die offizielle Arbeitslosenziffer ist damit wieder fast so hoch wie vor Aufgabe der Goldwährung im September. Tatsächlich ist die Zahl der Arbeitslosen seitdem jedoch gestiegen, da etwa 300 000 Erwerbslosen seit September die Unterstützung entzogen wurde und sie nicht in der offiziellen Statistik mitgezählt werden.

Die deutsche Industrie wandert aus.

Da England jetzt von Zollmauern umgeben ist, entschließen sich immer mehr deutsche Fabriken, die einen großen Teil ihrer Waren in England absetzen, diese Waren jetzt in England selbst zu produzieren. Wie wir neuerdings erfahren, werden die Kölnisch-Wasser-Firma Mühlens (4711), sowie eine Solinger Schneidewarenfabrik und die Krefelder Samtfabrik Gebrüder Peltzer AG einen Teil ihres Betriebes nach England verlegen.

Zur Lage in Deutschland.

Der Umsatz der deutschen Warenhäuser ist im vergangenen Jahr um 14,7 Prozent zurückgegangen. Dies ist zum größten Teil eine Folge der Preissenkungen. Das Weihnachtsgeschäft ist auch einer mengenmäßigen Schrumpfung unterlegen; die Umsätze sind im Dezember 1931 gegenüber dem Vorjahr um 21,6 Prozent gesunken.

Die Umsätze der SIEMENS-SCHUCKERT AG betragen 1931 375 Millionen Mark (1930: 536 Millionen Mark). Die Umsätze der SIEMENS & HALSKE AG sind von 322 auf 300 Millionen Mark gesunken. Der Anteil der Auslandsaufträge am Gesamtumsatz stieg bei SCHUCKERT von 47 auf 52 Prozent, bei HALSKE von 33 auf 42 Prozent.

Die deutsche Roheisengewinnung war im Januar etwas größer als im Dezember 1931; sie betrug: 358 000 Tonnen gegenüber 352 000 Tonnen im Dezember. Die durchschnittliche arbeitstägliche Förderung war 1,7 Prozent größer als im Dezember 1931. — In Rheinland-Westfalen ist die Produktion von 283 000 Tonnen auf 307 000 Tonnen gestiegen, dafür in anderen Bezirken zurückgegangen: in Schlesien von 3800 Tonnen auf 1000 Tonnen, in Nord-, Ost- und Mitteldeutschland von 35 000 Tonnen auf 24 000 Tonnen.

Der Preis für Kernschrott ist seit dem 11. Januar von 18 Mark pro Tonne auf 15 bis 16 Mark gesunken. Im Januar 1930 war der Preis noch 41 Mark, im Januar 1931: 29 Mark. Der Preis für Schrott ist kein Kartellpreis!

Am 1. Januar 1932 gab es in Deutschland 3 981 000 Rundfunkhörer. Inzwischen wird die vierte Million erreicht sein. Im letzten Vierteljahr 1931 wuchs die Zahl der Rundfunkhörer fast um eine viertel Million.

Aus dem Wuppertal.

In der Wuppertaler Klöppelspitzen-Industrie hat sich die Auslandskonkurrenz sehr verschärft. Die billigen chinesischen handgeklöppelten Spitzen werden sogar im Wuppertaler Bezirk verkauft.

Infolge zahlreicher Zusammenbrüche von Spitzenfabriken sind deren Maschinen billig versteigert worden. Die Käufer waren häufig ausländische Industrielle, die jetzt in Konkurrenz zu den Wuppertaler Erzeugern stehen.